

Quellenverzeichnis	XXIII
Dokumentation	1
Thematisches Register	419

CHRONOLOGISCHES INHALTSVERZEICHNIS

1. Beratende Versammlung des Europarates bezeichnet am 6. IX. 1949 Schaffung einer Europäischen Politischen Behörde als ihr Ziel	1
2. Deutscher Bundestag faßt am 26. VII. 1950 Entschließung für einen europäischen Bundespakt	1
3. Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 11. VIII. 1950 zur Bildung einer Europäischen Armee unter angemessener demokratischer Kontrolle	2
4. Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 28. VIII. 1950 zur Bildung europäischer Behörden, wobei der Beitritt den Mitgliedern freigestellt würde	2
5. Plevén-Plan (Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft EVG) in der französischen Nationalversammlung am 24. X. 1950 bekanntgegeben	3
6. Ministerkomitee des Europarates lehnt am 4. XI. 1950 Befassung mit Vorschlägen zu einer Europäischen Armee ab	4
7. Ablehnung des Plevén-Plans durch Großbritannien am 13. XI. 1950, das nicht bereit ist, irgendeine übernationale Behörde oder ein Europäisches Parlament zu akzeptieren	4
8. Französische Nationalversammlung stimmt am 15. XI. 1950 der Bildung europäischer spezialisierter Behörden zu	4
9. Deutscher Bundestag stimmt am 16. XI. 1950 Europäischer Armee unter demokratischer Kontrolle zu	5
10. Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates zur Schaffung einer Europäischen Politischen Behörde aus zwei Häusern mit exekutiven und legislativen Vollmachten vom 23. XI. 1950	5
11. Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 24. XI. 1950 zur Schaffung einer Europäischen Armee	6
12. Beschluß des Ministerkomitees des Europarates vom 4. V. 1951 über europäische Fachbehörden und Teilabkommen	7
13. Beschluß des Ministerkomitees des Europarates vom 3. VIII. 1951 über Teilabkommen	8

14. Erklärung der drei Westmächte begrüßt am 14. IX. 1951 EVG-Plan und stellt Wunsch Großbritanniens zu engster Verbindung mit europäischer kontinentaler Gemeinschaft fest	8
15. Robert Schuman schlägt am 20. IX. 1951 die Schaffung einer übernationalen Europäischen Politischen Behörde vor	9
16. Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates über ein Abkommen zur Konsultierung einer Europäischen Politischen Behörde vom 10. XII. 1951	9
17. Vorschläge de Gaulles vom 28. XII. 1951 für eine Konföderation mit Koalitionsarmee	11
18. Eden-Plan über Einordnung der europäischen Teilintegration in den Europarat sowie bezügliches Memorandum vom 19., bzw. 21. III. 1952	11
19. Zweites Memorandum über den Eden-Plan im Ministerkomitee des Europarates am 28. IV. 1952 vorgelegt	12
20. Ministerkomitee des Europarates billigt am 23. V. 1952 grundsätzlich den Eden-Plan und ersucht Versammlung um Meinungsäußerung	13
21. Unterzeichnung des EVG-Vertrages am 27. V. 1952	13
22. Beratende Versammlung des Europarates billigt am 30. V. 1952 Eden-Plan im Grundsatz, wünscht aber keine Behinderung einer Politischen entwurfs der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG)	14
23. Beratende Versammlung des Europarates beschließt am 30. V. 1952 Bildung eines ad hoc-Komitees zwecks Ausarbeitung eines Statutenentwurfs der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG)	14
24. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 30. V. 1952 betreffend die geeignetsten Methoden zur Ausarbeitung einer Satzung der EPG	16
25. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 30. V. 1952 betreffend die geeignetsten Methoden zur Ausarbeitung einer Satzung der EPG	16
26. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 30. V. 1952 über die zu schaffenden Verbindungen zwischen der EVG und bestimmten Mitgliedstaaten, insbesondere Großbritannien	17
27. Französische Initiative zur Bildung einer EPG am 1. VII. 1952 erläutert	18
28. Großbritannien erklärt am 16. VII. 1952, nicht bereit zu sein, an EPG teilzunehmen, will aber nicht hinderlich sein	18
29. Entschließung der sechs Außenminister in Luxemburg vom 10. IX. 1952; Auftrag an die Versammlung der Montanunion, den Entwurf eines Vertrages über eine EPG auszuarbeiten	18

30. Entschließung der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion vom 13. IX. 1952 betreffend die Annahme des Antrages der Sechs zur Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs über eine EPG	20
31. Zusammentritt der ad hoc-Versammlung am 15. IX. 1952 zur Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs über eine EPG und Entschließung über die Teilnahme der Delegationen der Europarats-Mitglieder, die nicht zu den Sechs gehören, als Beobachter an den Plenar- und Ausschußsitzungen	21
32. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 29. IX. 1952 über die Bekräftigung des Vertrauens in die Einheit ganz Europas	21
33. Debatte in der Beratenden Versammlung des Europarates vom 15. bis 30. IX. 1952 über die politische Organisation Europas und über die besten Methoden der Verwirklichung des Eden-Planes	22
34. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 30. IX. 1952 über die Koordinierung der Arbeiten dieser Versammlung mit den Arbeiten der ad hoc-Versammlung	39
35. Meinungsäußerung der Beratenden Versammlung des Europarates am 30. IX. 1952 über die besten Methoden, um die Vorschläge Großbritanniens (Eden-Plan) zur Anwendung zu bringen, und Protokollentwurf hierzu	39
36. Entschließungen des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung vom 15. bis 20. XII. 1952	43
37. ad hoc-Versammlung befaßt sich vom 7. bis 10. I. 1953 mit den vom Verfassungsausschuß unterbreiteten Entschließungen	58
38. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 17. I. 1953 betreffend Direktiven für die Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs über eine EPG	58
39. de Gaulle präzisiert am 8. I. und 25. II. 1953 seinen Vorschlag einer Konföderation mit einer Koalitionsarmee	61
40. ad hoc-Versammlung billigt am 10. III. 1953 den Entwurf einer Satzung für die EPG	62
41. Resolution der Beratenden Versammlung des Europarates vom 11. V. 1953 betreffend den von der ad hoc-Versammlung angenommenen Vertragsentwurf über die Satzung der EPG	78
42. Empfehlung Nr. 44 der Beratenden Versammlung des Europarates vom 11. V. 1953 betreffend den von der ad hoc-Versammlung angenommenen Vertragsentwurf über die Satzung der EPG	79
43. Empfehlung Nr. 45 der Beratenden Versammlung des Europarates vom 11. V. 1953 betreffend den von der ad hoc-Versammlung angenommenen Vertragsentwurf über die Satzung der EPG	80

44. Außenminister der Sechs gelangen am 13. V. 1953 bezüglich des EPG-Satzungsentwurfs zu keinem endgültigen Beschluß und beauftragen Stellvertreter am 8. VIII. 1953 mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge	81
45. Außenminister der Sechs prüfen vom 26. bis 28. XI. 1953 die Vorschläge ihrer Stellvertreter für EPG-Satzung und bilden Ausschuß zwecks Ausarbeitung	82
46. Scheitern des EPG-Projektes am 24. III. 1954, des EVG-Projektes am 31. VIII. 1954	83
47. Messina-Konferenz der Außenminister der Sechs beschließt am 1. und 2. VI. 1955 neue Initiative zur wirtschaftlichen, atomaren und Verkehrs-Integration	83
48. Monnet lädt am 14. X. 1955 zur Gründung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa ein, das bei erstem Zusammentritt am 18. I. 1956 Resolution und Deklaration über Europäische Atomenergiekommission verabschiedet	85
49. Vorschlag vom 10. XII. 1956, die WEU-Versammlung direkt wählen zu lassen und die EPG wiederzubeleben	89
50. de Gaulle und Gronchi sprechen sich am 26. VI. 1959 für eine Initiative im Interesse einer politischen europäischen Zusammenarbeit aus	89
51. Außenminister der Sechs stellen am 13. X. 1959 das Erfordernis der Organisation politischer Konsultationen fest	90
52. Außenminister der Sechs beschließen am 23. XI. 1959 regelmäßige politische Konsultationen	90
53. Erste regelmäßige Konsultation der Außenminister der Sechs in Rom beschließt am 25. und 26. I. 1960 Art der Organisierung der Konsultationen	91
54. Absichtserklärung des EWG-Ministerrates vom 12. V. 1960 über die Außenbeziehungen	91
55. Europäisches Parlament billigt am 17. V. 1960 Abkommensentwurf über ein direkt gewähltes Parlament	92
56. Treffen Adenauer — de Gaulle auf Schloß Rambouillet am 29. und 30. VII. 1960; de Gaulle wünscht ständige Konferenzen der Regierungschefs der Sechs nebst Sekretariat und Koordinationskommissionen für Verteidigung, Außenpolitik, Wirtschaft und Kultur	95
57. Vorschläge de Gaulles vom 5. IX. 1960 über eine politische Organisation Europas durch regelmäßige Konsultationen der Regierungen; Ablehnung übernationaler Einrichtungen außer für technische Angelegenheiten	95
58. Communiqué vom 8. X. 1960 über Besuch Debrés bei Adenauer	97

59.	Frankreich wünscht am 13. X. 1960 ein Europa der Vaterländer und regelmäßige Treffen der Staats- oder Regierungschefs	97
60.	Regierungschefs und Außenminister der EWG-Staaten vereinbaren am 10. und 11. II. 1961 Bildung eines Ausschusses zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge für die politischen Konsultationen auf Ministerebene und für die politische Zusammenarbeit	98
61.	Studienausschuß der Sechs bildet am 24. III. 1961 einen Unterausschuß zum Studium der Probleme einer politischen Zusammenarbeit und des Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften (sowie einen zweiten Unterausschuß für kulturelle Zusammenarbeit)	99
62.	Bericht von Dehousse namens des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments vom 10. IV. 1961 über die politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften	99
63.	Verschiebung der Gipfelkonferenz der Sechs am 5. V. 1961 infolge Meinungsverschiedenheiten über die Einbeziehung von Verteidigungsfragen in die politische Zusammenarbeit	107
64.	Berichtsentwurf des Studienausschusses der Sechs vom 10. V. 1961 über die politische und kulturelle Zusammenarbeit	107
65.	EntschlieÙung des Europäischen Parlaments am 28. VI. 1961 über die politische Zusammenarbeit	109
66.	Außenminister der Sechs setzen am 5. VII. 1961 in Rom die Tagesordnung für die bevorstehende Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs fest; Einbeziehung der politischen, aber nicht der strategischen Verteidigungsfragen	110
67.	Bonner Erklärung der Staats- bzw. Regierungschefs der Sechs vom 18. VII. 1961 über die politische und kulturelle Zusammenarbeit	110
68.	Zwischenbericht Battistas namens des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments vom 8. IX. 1961 über die politische Zusammenarbeit zwischen den EWG-Staaten und EntschlieÙungsantrag	112
69.	EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 19. XI. 1961 über die politische Zusammenarbeit	113
70.	Frankreich (Fouchet) unterbreitet Ende September 1961 dem Studienausschuß der Sechs einen ersten Entwurf für einen Vertrag zur Gründung einer Europäischen Politischen Union (EPU)	114
71.	Vertragsentwurf des Studienausschusses der Sechs im Verlaufe des Oktober und November 1961 über die Gründung einer EPU	117
72.	EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 23. XI. 1961 über die politische Zusammenarbeit	117

73. Bericht von Pleven namens des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments vom 12. XII. 1961 nebst Empfehlungen zum Vertragsentwurf über eine Union der Europäischen Völker (EPU)	118
74. Europäisches Parlament verabschiedet am 21. XII. 1961 auf Grund des Pleven-Berichts eine Empfehlung zum Entwurf des Vertrages zur Gründung einer EPU	121
75. Zweiter französischer Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer EPU am 18. I. 1962 im Studienausschuß der Sechs vorgelegt, der von den anderen Fünf als unbefriedigend und als Rückschritt gegenüber dem ersten Entwurf bezeichnet wird	124
76. Studienausschuß der Sechs stellt am 25. I. 1962 Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten über den Entwurf fest und beauftragt die Arbeitsgruppe „Statut“, einen Bericht unter Berücksichtigung verschiedener Fassungen auszuarbeiten	126
77. Absage de Gaulles an jede Integration; spricht sich am 5. II. 1962 für Staatenunion aus	127
78. Gegenentwurf der anderen Fünf eines Vertrages zur Gründung einer EPU im Januar und Februar 1962 im Studienausschuß der Sechs erarbeitet	128
79. Treffen Adenauer — de Gaulle am 15. II. 1962 in Begleitung der Außenminister in Baden-Baden	132
80. Studienausschuß der Sechs stellt am 20. II. 1962 fest, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den anderen Fünf weiterbestehen	132
81. Studienausschuß nimmt am 15. III. 1962 im Hinblick auf die weiterbestehenden Meinungsverschiedenheiten einen Vertragsentwurf an, der teilweise einen gemeinsamen Text, für gewisse Artikel aber voneinander abweichende Fassungen enthält; er nimmt ferner einen interpretierenden Bericht an	133
82. Außenminister der Sechs stellen am 20. III. 1962 in Luxemburg weiterhin Meinungsverschiedenheiten fest und ersuchen den Studienausschuß um weitere Klärung; Cattani neuer Vorsitzender	148
83. Spaak (Belgien) äußert sich am 28. III. 1962 zu Meinungsverschiedenheiten bei der geplanten EPU	149
84. Fanfani erwirkt am 4. und 7. IV. 1962 in Turin bei de Gaulle Zugeständnisse hinsichtlich der geplanten EPU und verständigt hiervon Adenauer	149
85. Großbritannien wünscht am 10. IV. 1962 Beteiligung an den Verhandlungen über die EPU, sobald sich die Sechs einig sind	150

86. Unterbrechung der Verhandlungen der Sechs am 17. IV. 1962 über den Vertragsentwurf für eine EPU, da die Niederlande unterstützt von Belgien die sofortige Beteiligung Großbritanniens an den Verhandlungen und dessen Beitritt wünschen; weitgehende Einigung über den materiellen Vertragsinhalt; Kommentare von Schröder, Luns und Spaak	154
87. Interview Spaaks mit Le Soir am 20. IV. 1962 nach dem Scheitern der Konferenz der Außenminister der Sechs	157
88. Äußerungen des luxemburgischen Außenministers Schaus am 27. IV. 1962 zum Scheitern des Projekts der EPU	158
89. Entschließungsantrag von Duvieusart und Dehousse vom 8. V. 1962., der einen Vorentwurf über die EPU zum Inhalt hat, dem Europäischen Parlament unterbreitet	159
90. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. V. 1962 zu den Verhandlungen über die Schaffung einer EPU	163
91. de Gaulle am 15. V. 1962 zum Scheitern des Projekts einer EPU; er verlangt ein Europa der Staaten und nicht der Mythen und Fiktionen und warnt vor einem außenstehenden Förderator	163
92. Rücktritt von 5 französischen Ministern am 16. V. 1962 wegen Nichtübereinstimmung mit der Europapolitik de Gaulles	166
93. Spaak begründet am 16. V. 1962 vor der Beratenden Versammlung des Europarates seine Ablehnung einer EPU vor dem Beitritt Großbritanniens und kritisiert Europapolitik de Gaulles	167
94. Schröder (BRD) am 4. VI. 1962 zur Europapolitik	168
95. Empfehlung der WEU-Versammlung vom 7. VI. 1962 über die politische Vereinigung Europas wünscht vom Rat Berücksichtigung des Standpunktes Großbritanniens sowie Antwort des Rates vom 26. XI.	172
96. Empfehlung der WEU-Versammlung vom 7. VI. 1962 über die politischen Wirksamkeiten des Rates sowie Antwort des Rates	173
97. Kongreß der Europäischen Bewegung nimmt am 8. VI. 1962 Memorandum zur politischen Einigung an	173
98. Couve de Murville (Frankreich) präzisiert am 13. VI. 1962 in der Nationalversammlung die Europa-Politik Frankreichs; 293 Abgeordnete verlassen aus Protest den Saal	175
99. Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa spricht sich am 26. VI. 1962 für die Einheit Europas, für den Beitritt Großbritanniens zur EWG und für eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA aus	179
100. Schröder beantwortet am 27. VI. 1962 im Bundestag grundsätzliche Fragen zur Europapolitik der Bundesregierung	182

101. Cattani macht im Mai und Juni 1962 Änderungsvorschläge zu dem Vertragsentwurf über die Schaffung einer EPU, die jedoch nicht akzeptiert werden	186
102. Kennedy gibt am 4. VII. 1962 Bereitschaft der USA zur Bildung einer konkreten Atlantischen Partnerschaft und zu einer Interdependences-Erklärung zwischen einem Vereinten Europa und den USA bekannt . . .	188
103. Staatsbesuch Adenauers vom 3. bis 8. VII. 1962 in Frankreich betont deutsch-französische Solidarität und Bereitschaft zur Bildung einer EPU	191
104. Fanfani gibt am 13. VII. 1962 von persönlichen Botschaften de Gaulles und Adenauers Kenntnis, die sich zwecks Wiederbelebung des Gedankens einer EPU mit dem Plan einer Gipfelkonferenz der Sechis befassen, der aber nicht zustande kam	192
105. Britische und deutsche Äußerungen vom 17. und 18. VII. 1962 zur Frage der Einschaltung Großbritanniens in Verhandlungen über eine EPU	192
106. Adenauer und Macmillan am 28. VIII. 1962 zur Frage der Bereitschaft Großbritanniens, einer EPU beizutreten	194
107. Schröder betont am 29. VIII. 1962 Wunsch der Bundesregierung, daß Großbritannien einer EPU beitrete	194
108. Staatsbesuch de Gaulles in der Bundesrepublik Deutschland vom 4. bis 9. IX. 1962; Entschluß, die deutsch-französische Zusammenarbeit enger zu knüpfen, wobei zu hoffen sei, daß die anderen vier Staaten sich anschließen	195
109. Französisches Memorandum über die deutsch-französische Zusammenarbeit am 19. IX. 1962 an Bonn übermittelt	198
110. Rede Schröders am 5. X. 1962 in Wiesbaden über die politische Einigung Europas	198
111. Regierungserklärung Adenauers vom 9. X. 1962 und Entschließung des Deutschen Bundestages zur Europapolitik vom 12. X. 1962	202
112. Verhandlungen Schröders mit Couve de Murville am 16. und 17. XII. 1962 in Paris über die deutsch-französische Zusammenarbeit	203
113. Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa vom 18. XII. 1962 zur Einigung Europas	204
114. Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung und des Vertrages über deutsch-französische Zusammenarbeit am 2. I. 1963	207
115. Spaak äußert am 8. III. 1963 Bedenken gegen den deutsch-französischen Vertrag im Hinblick auf die geplante EPU	210
116. Schaus am 12. III. 1963 über die Atlantische Partnerschaft und die europäische Zusammenarbeit; er äußert Bedenken zum deutsch-französischen Vertrag	211

117. Kritik der sozialistischen Parteien der EWG vom 14. III. 1963 am deutsch-französischen Vertrag	213
118. Spaak kritisiert am 19. III. 1963 die Europa-Politik de Gaulles	214
119. Hallstein warnt am 27. III. 1963 vor einer EPU, die anders strukturiert ist als die Gemeinschaft, und äußert Bedenken zum deutsch-französischen Vertrag	215
120. Colombo am 2. IV. 1963 für die Weiterverfolgung der EPU unter Ein-schluß Großbritanniens	217
121. Monnet äußert sich am 6. IV. 1963 in einem Interview mit Corriere della Sera zur Krise der Europapolitik	220
122. Ministerkomitee des Europarates beschließt am 6. IV. 1963 die poli-tischen Probleme der europäischen Einigung ständig zu erörtern	223
123. Deutscher Bundestag fügt am 16. IV. 1963 dem deutsch-französischen Vertrag über Zusammenarbeit eine Präambel an; Rede von Furler	223
124. Rede Kennedys in der Frankfurter Pauls-Kirche am 25. VI. 1963 betont Notwendigkeit der Schaffung eines geeinten Europas und defi-niert Atlantische Partnerschaft	226
125. Rede Schröders am 28. VI. 1963 in Düsseldorf zur Einigung Europas	232
126. Erhard am 18. X. 1963 in seiner Regierungserklärung zur Europapolitik	236
127. Spaak schlägt am 19. XI. 1963 die Schaffung eines Gemeinschafts-organismus der Sechs zur Prüfung der Fragen einer EPU vor, der einen Dialog mit den nationalen Regierungen führen sollte	237
128. Erhard bringt bei seinem Besuch in Paris am 22. XI. 1963 den Wunsch nach einer politischen europäischen Einigung zum Ausdruck	240
129. Spaak konkretisiert am 2. XII. 1963 seinen Vorschlag der Bildung eines Gemeinschaftsorganismus der Sechs	241
130. Empfehlungen der Versammlung der WEU vom 3. bis 5. XII. 1963 spricht sich für eine Europäische Politische Gemeinschaft aus	242
131. Erhard kündigt am 9. I. 1964 neue Initiative politischer Art zur Neu-gestaltung Europas an und betont Freundschaft zu Frankreich und den USA	242
132. Luns appelliert am 14. I. 1964 an die Beratende Versammlung des Europarates, die Frage einer EPU eingehend zu erörtern	245
133. Spaak äußert sich am 14. I. 1964 vor dem Europarat zu EPU und einem Beitritt Großbritanniens; er ist gegen die Einstimmigkeitsregel, für die Aufrechterhaltung der Autorität der Kommission, aber bereit, auf ein supranationales Europa vorläufig zu verzichten; wünscht gleiche Loya-lität gegenüber Europa und der Atlantischen Allianz	246

134.	Communiqué vom 16. I. 1964 über einen Staatsbesuch Erhards in Großbritannien bezeichnet Einigung auf breiter Grundlage als gemeinsames Ziel	250
135.	Communiqué vom 28. I. 1964 anlässlich des Staatsbesuchs Erhards in Italien betont Erfordernis einer Ergänzung der bestehenden Europäischen Gemeinschaften durch politische Formen der Zusammenarbeit	251
136.	de Gaulle am 31. I. 1964 in seiner Pressekonferenz zur Frage der politischen Organisation Europas	251
137.	Erhard fordert am 16. III. 1964 auf dem Bundesparteitag der CDU ein geeintes Europa mit gemeinsamem politischen Willen	252
138.	Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 23. IV. 1964 über die EPU	253
139.	Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa vom 1. VI. 1964 zur Verwirklichung der Einigung Europas und der Atlantischen Partnerschaft	253
140.	Empfehlung der Versammlung der WEU vom 23. VI. 1964 über die EPU	260
141.	Dufhues (BRD) fordert am 2. VII. 1964 Einsetzung eines gemeinsamen deutsch-französischen Arbeitsausschusses zur Prüfung der politischen Einigung Europas	261
142.	Ausarbeitung von Vorschlägen zur Vertiefung von deutsch-französischen Konsultationen über die politische europäische Zusammenarbeit durch die deutsche Seite anlässlich des Arbeitsbesuches de Gaulles vom 3. bis 4. VII. 1964 in Bonn vereinbart	262
143.	Einsetzung einer deutschen Arbeitsgruppe am 11. VII. 1964 zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine EPU	262
144.	Strauß (BRD) unterbreitet am 10. und 12. VII. 1964 den Vorschlag einer europäischen Konföderation der Sechs; Erhard am 12. VII. über die von ihm geplante Europa-Initiative	262
145.	Stellungnahme der SPD zur Europapolitik am 15. VII. 1964	265
146.	de Gaulle betont am 23. VII. 1964 auf seiner Pressekonferenz nachdrücklich das Erfordernis eines selbständigen Europa und weist auf die Unterschiede zwischen den deutschen und französischen Auffassungen hin; Vorwurf der Abhängigkeit von den USA	266
147.	Stellungnahmen der Bundesregierung, der USA, Italiens und der Niederlande am 24. VII. 1964 zu der Pressekonferenz de Gaulles	269
148.	Schröder am 1. IX. 1964 über die geplante neue Europa-Initiative	270
149.	Spaak schlägt am 10. IX. 1964 zur Überwindung des Immobilismus vorläufigen Verzicht auf einen Vertrag über die EPU, ein dreijähriges	

Experiment zur Sammlung von Erfahrungen sowie eine Kommission von drei Weisen vor	272
150. Erhard auf einer Pressekonferenz am 25. IX. 1964 in Bonn über seine Europa-Initiative und die Beziehungen zu Frankreich einerseits und den USA andererseits	274
151. Erörterung der geplanten Europa-Initiative anlässlich des Besuches von Marijnen und Luns vom 30. IX. bis 2. X. 1964 in Bonn; die Niederlande für eine sehr lockere politische Zusammenarbeit	275
152. 8-Punkte-Programm der SPD-Spitzengremien vom 3. X. 1964 zur Europa-Initiative der Bundesregierung	277
153. Italien schlägt am 14. X. 1964 die Einrichtung eines Übergangsorganismus vor, der gemeinsame Direktiven für eine EPU ausarbeiten sollte	278
154. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. X. 1964 zum Tätigkeitsbericht der Kommission befaßt sich auch mit der EPU	278
155. Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 6. XI. 1964 betreffend Kontakte zwischen der EWG und anderen Mitgliedstaaten über eine EPU	279
156. Europa-Initiative der Bundesregierung am 13. XI. 1964 veröffentlicht	280
157. de Gaulle fordert am 22. XI. 1964 in einer Rede in Straßburg erneut ein europäisches Europa und eine politische Organisation unter Einbeziehung der Verteidigung; Stellungnahme der Bundesregierung	287
158. Vorschlag der italienischen Regierung vom 28. XI. 1964 zur Förderung der politischen Einheit Europas; Entwurf einer Erklärung	289
159. Französischer Informationsminister fordert am 3. XII. 1964 politische Union der Vaterländer und eine europäische Monroe-Doktrin	292
160. Versammlung der WEU empfiehlt am 3. XII. 1964 Gipfelkonferenz zwecks Definierung der grundlegenden Ziele einer EPU	292
161. Luns erläutert am 10. XII. 1964 in der Kammer den holländischen Standpunkt zur Frage einer EPU	293
162. Johnson in seiner Botschaft vom 4. I. 1965 über die Lage der Nation zur Europapolitik und zur Atlantischen Gemeinschaft	299
163. Zwischenbericht Martinos (Europäisches Parlament) vom 14. I. 1965 über die Probleme der politischen Einheit Europas	299
164. Internationaler Rat der Europäischen Bewegung bezeichnet am 16. I. 1965 Schaffung eines politischen Europas als dringlichste Aufgabe	302
165. Treffen Erhards mit de Gaulle in Rambouillet vom 19. bis 20. I. 1965; Vereinbarung erneuter Prüfung der Probleme der politischen europä-	

	ischen Zusammenarbeit durch eine Konferenz der sechs Außenminister, der später eine Konferenz der Regierungschefs folgen soll	302
166.	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. I. 1965 über die Probleme der politischen Einheit Europas	303
167.	Hallstein warnt am 25. I. 1965 EPU vor ohne ein Organ, das die Gemeinschaftsinteressen vertritt und den Integrationsprozeß vorantreibt	304
168.	Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 26. I. 1965 über eine EPU	305
169.	Luns äußert sich am 2. II. 1965 in der Zweiten Kammer für EPU; wünscht infolge tiefgehender Meinungsverschiedenheiten nur sehr lose politische Zusammenarbeit ohne jede Institutionalisierung	306
170.	de Gaulle verknüpft am 4. II. 1965 Deutschlandfrage mit der Europapolitik und wünscht Organisation Europas auf den Gebieten der Politik und der Verteidigung	308
171.	Zweiter endgültiger Martino-Bericht über die Probleme der Politischen Einigung sowie Entschließungsantrag von Pleven, Dehousse etc. betreffend die politische Einheit am 10. II. 1965 vom Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments angenommen	309
172.	Britischer Außenminister verlangt am 11. II. 1965, daß Großbritannien bei den Gesprächen der Sechs über die politische Einheit von vornherein zugezogen werde	324
173.	Britischer Außenminister betont am 9. III. 1965 auf der Außenministerkonferenz der WEU den Wunsch Großbritanniens nach Informierung und Konsultierung bezüglich der EPU-Verhandlungen	326
174.	Italien schlägt am 17./18. III. 1965 Außenministerkonferenz der Sechs zur Erörterung der EPU vor	327
175.	Gespräch Johnson — Hallstein betont am 18. III. 1965 Notwendigkeit der europäischen Einheit und einer Fortsetzung der Integration	327
176.	Rey (Belgien) bedauert am 18. III. 1965 Einstellung der politischen Konsultationen der EWG-Außenminister und bezeichnet politische europäische Gemeinschaft als notwendig	328
177.	Anläßlich eines Besuchs von Spaak in Bonn am 22. III. 1965 wird Außenministerkonferenz und nachfolgende Gipfelkonferenz über eine neue Europa-Initiative erörtert	328
178.	Erörterung des Martino-Berichtes und Annahme einer Entschließung über die Probleme der politischen Einigung Europas vom 22. bis 26. III. 1965 durch das Europäische Parlament	329
179.	Schröder anläßlich des CDU-Parteitages am 30. III. 1965 zur Frage der EPU	331

180.	Frankreich wünscht Vertagung der Außenministerkonferenz über eine EPU, da kein Einvernehmen über die Thematik und den Verlauf einer solchen Konferenz erzielt worden sei und nach Auffassung Frankreichs zuerst die Agrarprobleme der EWG bereinigt werden müßten; Bundesregierung und italienische Regierung bedauern dies (26. III. — 2. IV. 1965)	332
181.	Erhard erklärt in einem Interview am 1. V. 1965, daß ein Rückfall in ein von nationalstaatlichen Vorstellungen geformtes Europa kaum dem Willen der Völker Europas entsprechen würde	334
182.	Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa vom 9. V. 1965 zur Verwirklichung der politischen Einheit Europas	335
183.	Sozialistische Parteien der EWG fordern am 25. V. 1965 neue Initiative für ein integriertes, föderiertes Europa und kritisieren die Europapolitik de Gaulles	339
184.	Empfehlung der Versammlung der WEU vom 2. VI. 1965 über die EPU	339
185.	de Gaulle spricht sich am 10. VI. 1965 in schärfster Form gegen jedermann aus, der über ein übernationales Europa zu sprechen wage	340
186.	Arbeitsbesuch de Gaulles vom 11. bis 12. VI. 1965 in Bonn; Frankreich bleibt bei seinem Standpunkt, einer Gipfelkonferenz über die Politische Union zuzustimmen, wenn die offenen Wirtschaftsfragen der EWG geregelt sind; Ablehnung eines solchen Junktims durch die Bundesregierung	341
187.	Couve de Murville und Pompidou sprechen sich erneut am 16. und 17. VI. 1965 für ein unabhängiges europäisches Europa aus, begründen ihre Absage an die Integration und betonen das Erfordernis eines Abkommens zwischen West- und Osteuropa für eine europäische und auch eine deutsche Regelung	342
188.	Erklärung des Rates der Europäischen Bewegung betont am 19. VII. 1965 Erfordernis der Supranationalität	345
189.	Spiegel-Interview mit Außenminister Luns im Juli 1965	345
190.	Erhard betont am 10. XI. 1965 in seiner Regierungserklärung Beharren auf seiner Europapolitik	350
191.	Frankreich erklärt am 13. I. 1966, der Konzeption des Fouchet-Planes treu zu bleiben	350
192.	Zwei Empfehlungen der Beratenden Versammlung des Europarates vom 26. I. 1965 zur allgemeinen Politik und zur wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas	351
193.	Wiederbelebung der europäischen politischen Zusammenarbeit beim Besuch von Erhard am 7./8. II. 1966 in Paris in Aussicht genommen	352

194.	de Gaulle erachtet am 21. II. 1966 Zeitpunkt für gekommen, um die politischen Kontakte der Sechs zu organisieren und erklärt, auf betreffende Initiativen positiv reagieren zu wollen	352
195.	Erhard am 25. II. 1966 zur Frage der politischen Zusammenarbeit in Europa	354
196.	Adenauer am 21. III. 1966 für eine EPU und gemeinsame Außenpolitik	355
197.	Europapolitik in der deutschen Friedensnote vom 25. III. 1966	356
198.	Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 4. V. 1966 zur allgemeinen Politik	356
199.	SPD-Parteitag nimmt am 5. VI. 1966 zur Europapolitik Stellung	357
200.	Resolution und Empfehlungen der Versammlung der WEU vom 13. bis 17. VI. 1966 über die Schaffung von Europa-Kommissionen in den nationalen Parlamenten, über die Dimensionen Europas und über das Verhältnis zu den USA	358
201.	Strauß plädiert am 17. VI. 1966 für eine gesamteuropäische Politik	360
202.	Europapolitik anlässlich des Besuchs von Moro und Fanfani am 27. VI. 1966 in der Bundesrepublik Deutschland erörtert	361
203.	de Gaulle und Podgornij (UdSSR) verlangen am 30. VI. 1966 in der Deklaration von Moskau Politik der Entspannung und Annäherung in Europa	362
204.	Deklaration der Warschauer Pakt-Staaten vom 6. VII. 1966 über Frieden und Sicherheit in Europa schlägt europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit vor	363
205.	Luns am 11. VII. 1966 für ein föderatives supranationales Europa	363
206.	de Gaulle am 21. VII. 1966 in Bonn zur Europapolitik	364
207.	Erhard bei seinen Besuchen in Norwegen und Schweden vom 29. VIII. — 2. IX. 1966 zur Europapolitik, insbesondere zur Frage einer EPU; Interpretation seiner Äußerungen durch von Hase	365
208.	Strauß am 17. IX. 1966 zur Frage der politischen Einigung Europas	368
209.	Rede Hallsteins am 23. IX. 1966 anlässlich gemeinsamer Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments; Betonung des politischen Charakters der EWG	369
210.	Majonica (BRD) betont am 25. IX. 1966 Erfordernis, den politischen Charakter der EWG zu erhalten	371
211.	Johnson und Erhard betonen am 27. IX. 1966 Erfordernis einer europäischen Einigung und atlantischen Schicksalsgemeinschaft	372

212. Erhard äußert sich am 5. X. 1966 nach einem Besuch in Washington zur Europa-Politik	373
213. Johnson betont am 7. X. 1966 die Gemeinsamkeit Europas mit Amerika	373
214. Erhard am 9. X. 1966 zur Frage eines Vereinten Europa	374
215. de Gaulle am 28. X. 1966 in seiner Pressekonferenz zur Europapolitik	374
216. SPD-Dokument vom 8. XI. 1966 über Aufgaben einer neuen Bundesregierung zur Frage einer eigenständigen Entwicklung Europas . . .	375
217. Carstens (BRD) im November 1966 über das politische Element in den Europäischen Gemeinschaften	376
218. Entschließungen der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft am 18. XI. 1966 zur Europapolitik	380
219. Erklärung der Europäischen Bewegung vom 3. XII. 1966	383
220. Regierungserklärung Kiesingers (BRD) vom 13. XII. 1966 zur Frage der politischen Einigung Europas und zum deutsch-französischen Verhältnis	384
221. Kiesinger bezeichnet am 25. III. 1967 eine EPU weiterhin als Ziel . . .	386
222. Luns bezeichnet am 4. V. 1967 die politische Einheit Europas als Endziel	387
223. Gipfelkonferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Sechs vom 29. bis 30. V. 1967 in Rom	387
224. Memorandum der BENELUX-Staaten vom 19. I. 1968 zur Frage der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und zur politischen Zusammenarbeit	388
225. Hallstein am 20. I. 1968 vor der Europäischen Bewegung zur Frage der EPU	388
226. Bundesrat der Europäischen Bewegung fordert am 20. I. 1968 systematische Konsultationen in der Außen- und Verteidigungspolitik	392
227. Memorandum der italienischen Regierung vom 22. II. 1968 zur Frage der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und der Entwicklung einer Politik der Europäischen Einheit	392
228. Brown (Großbritannien) am 23. II. 1968 zur Frage der politischen Konsultation	392
229. Bericht über „Die Lage der Nation im geteilten Deutschland“ vom 11. III. 1968 zur Frage der europäischen Einigung	393

ANNEXE

I. Die Europäische Menschenrechtskonvention	395
II. Zusatzprotokoll	404
III. Die Europäische Sozialcharta	405
IV. Anhang zur Sozialcharta	416